

# Migration – weltweit

Es liegt nun vor: Das seit einiger Zeit erwartete Buch zum Gesamtphänomen (weltweiter) Migrationsbewegungen, ihren Ursachen und Folgen, ihrer politischen Bearbeitung im globalen, europäischen und nationalen Kontext. Noch dazu als gutlesbares Einführungswerk in der von Ulrich von Alemann, Leo Kißler und Georg Simonis herausgegebenen Reihe „Grundwissen Politik“. Verfasser ist Franz Nuscheler, Professor für Vergleichende und Internationale Politik an der Universität-Gesamthochschule Duisburg, seit langem bekannt durch Publikationen zum globalen Nord-Süd-Gefälle, zu Menschenrechtsstandards und Entwicklungspolitik. Ihm gelingt eine knappe und doch ins Detail gehende Gesamtdarstellung, die ganze Archive ersetzt, dazu die Verknüpfung zahlreicher Einzelaspekte zu einem Gesamtpanorama internationaler Migrationsbewegungen.

In Teil I seines Buches behandelt Nuscheler Migration und Flucht als „Weltordnungsproblem“, dem letztlich nur mit einer „Weltordnungspolitik (Friedenspolitik und Weltsozialpolitik)“ wirksam begegnet werden kann. Bisherige Ausformungen internationalen Flüchtlingsrechts und kurativ-humanitärer Flüchtlingshilfe jedenfalls reichen bei weitem nicht aus, existierende Problemkonstellationen auch nur annähernd zu bewältigen.

Dabei ist es durchgängiges Anliegen Nuschelers, dem „Terror“ von (möglicherweise manipulierten) Zahlen und der Konstruktion neuer Feindbilder entgegenzutreten. Eben dies leistet er in Teil II seines Buches z. B. für die Bundesrepublik Deutschland. Hier gleicht er minutiös die Zahlen verschiedener Zuwandergruppen gegeneinander ab. Die immer wieder beschworenen (bis 1993) ansteigenden Zahlen von Asylbewerbern relativieren sich schon allein dadurch, daß z. B. 1989 und 1990 rund 1,5 Millionen Über- und Aussiedler in den westlichen Teil Deutschlands kamen. Sie relativieren

sich auch insoweit, als zwei Drittel der Asylbewerber Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsländern Südost- und Osteuropas waren, die von kommunalen Behörden aus finanzierungstechnischen Gründen regelrecht ins Asylverfahren getrieben wurden, obgleich sie nichts anderes als vorübergehenden Schutz für Leib und Leben erwarteten.

Die Aushebelung des Grundrechts auf Asyl in Verfassung, Rechtsprechungs- und Verwaltungspraxis durch eine große Koalition von Engholm über Geißler bis hin zu Stoiber und die Verkündung des Staatsnotstandes durch den Bundeskanzler erwiesen sich als politische Ersatzhandlungen. Weil die Bundesrepublik Deutschland und die EU nicht in der Lage waren, neuauflammende Konflikte nach dem Fall der Demarkationslinie zwischen Ost und West politisch zu bearbeiten, und weil sie nicht bereit waren, Bürgerkriegs- und Pogromflüchtlinge vorübergehend aufzunehmen und humanitär zu unterstützen, mußte das Grundrecht auf politisches Asyl fallen.

Opfer dieser Politik sind diejenigen Flüchtlinge, die zwar aus Ländern mit schwersten staatlich induzierten Menschenrechtsverletzungen kommen, nun aber den Tatbestand ihrer Verfolgung/Bedrohung unter äußerst verkürzten bzw. erschwerten Verfahrensbestimmungen nachzuweisen haben, sofern sie nicht von vornherein an jene sogenannten sicheren Drittländer zurückgereicht werden, die sie auf ihrem Weg in die Bundesrepublik Deutschland als Transitländer durchquerten.

Teil III des Buches geht auf aktuelle und zukünftige politische Herausforderungen ein. Zunächst behandelt der Autor die Frage, ob die Grenze der Belastbarkeit durch Einwanderung bzw. Zufluchtnahme inzwischen erreicht sei. Hier folgt er nicht einfach solchen Kosten-Nutzen-Rechnungen, die in weiterer Zuwanderung allemal einen ökonomischen Vorteil zu erblicken vermögen. Erst recht geht er jenen

Autoren nicht auf den Leim, die mit sozialpatriotischer Emphase für die inländischen Opfer einer tatsächlichen oder vermeintlichen Konkurrenz durch Zuwanderer eintreten wie etwa Horst Afheldt, dessen Abhandlung zum Thema<sup>1</sup> in dem Satz gipfelt: „Das schrankenlose Asylrecht steht im Widerspruch zum Sozialstaatsgebot und bedeutet die Aufkündigung des Gesellschaftsvertrages.“

Diesen Autoren hält Nuscheler zu Recht vor, daß schon ihre Prämissen nicht stimmen. Denn:

- 1) Die größten Aufnahmeländer für Flüchtlinge befinden sich absolut und relativ nicht im Norden, sondern im Süden.
- 2) Der verstärkte Zustrom von Flüchtlingen Anfang der 90er Jahre hat seinen Hauptgrund in den Bürgerkriegen und Pogromen Südosteuropas.
- 3) Auch vor der Änderung des Artikels 16 GG gab es alles andere als „ungehemmte Zuwanderung“. Angesichts der zahlreichen Einschränkungen und niedrigen Anerkennungsquoten grenze die Rede von der „Maßlosigkeit“ des Asylrechts an „manische Realitätsverzerrung“.

Die von Afheldt behauptete Aufkündigung des Gesellschaftsvertrages durch ein angeblich „schrankenloses Asylrecht“ liefere, „wenn man die klassischen Vertragstheorien zu Ende denkt, sogar eine Rechtfertigung für Widerstand und Gewaltanwendung“.

Nuscheler schließt sich demgegenüber dem normativen Plädoyer Dieter Oberndörfers für eine „offene Republik“ an – dies auf der Grundlage eines menschenrechtlich begründeten Verfassungspatriotismus. Mit dieser Position ist ein Einwanderungsregulativ für Arbeitsmigranten vereinbar – bei gleichzeitiger Rückkehr zu einer großzügig gestalteten Asylpraxis. Diese nationalstaatliche Option wird von Nuscheler dann in der europäischen und schließlich Weltordnungsdimension politisch-gestalterisch weiter durchdekliniert. Hier haben friedens- und entwicklungspolitische Präventiv- →

<sup>1</sup> Sozialstaat und Zuwanderung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 7/93.

Von Peter Kühne.  
Prof. Dr. Kühne lehrt  
Soziologie an der  
Sozialakademie  
Dortmund.

→ konzepte, Optionen für eine migrationshemmende Süd- und Ostpolitik von EU/EWR und eine zeitgemäß erweiterte Definition des Flüchtlings ebenso ihren Platz wie die Skizze eines internationalen Migrationsregimes auf der Grundlage einer Mandatserweiterung des UNHCR.

## Unbeachtet: Vorschläge der Gewerkschaften

Vermißt wurde vom Unterzeichneten eine kritische Würdigung politischer Gestaltungsvorschläge, die von den deutschen Gewerkschaften bzw. europäischen und internationalen Gewerkschaftszusammenschlüssen vorgetragen wurden. Auch die Werkvertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR und ihre massive Diskriminierung infolge des Einigungsvertrages hätten Erwähnung finden können. Unverständlich bleibt die heftige Schelte Nuschelers an solchen Sozialwissenschaftlerinnen/Sozialwissenschaftlern, die sich zur Unterschrift unter das von Klaus-J. Bade herausgegebene „Manifest der 60-Deutschland und die Einwanderung“<sup>2</sup> nicht bereit fanden. Abgesehen davon, daß einige der von Nuscheler Vermißten gar nicht in den

Diskurs der „60“ einbezogen waren: Es gab zumindest einen guten Grund, sich diesem – in vielerlei Hinsicht durchaus zustimmungswürdigen – Manifest zu verweigern, nämlich die einseitige, um nicht zu sagen verabsolutierte Akzentuierung deutscher Interessen bei der Gestaltung eines Einwanderungsregulativs für Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Der Ausleseprozeß der Zuwandernden sei – so das Manifest (an dieser Stelle verfaßt von Meinhard Miegel) – an den wirtschaftlichen Interessen des Aufnahmelandes zu orientieren. „Je jünger, motivierter und qualifizierter die Einwanderer, desto günstiger ihr Einfluß auf die Volkswirtschaft.“ Ja, gewiß. Aber gerade wer das Buch Nuschelers aufmerksam liest, wird mit einer Fülle von Argumenten ausgestattet, die querstehen zur Argumentation Miegels. Um so erstaunlicher wirkt die Emphase, mit der er für das Manifest eintritt. Das allerdings schmälert den Lesegewinn bei der Lektüre seines Buches nur ganz am Rande. ■

Nuscheler, Franz:  
**Internationale Migration. Flucht und Asyl.**  
Opladen, Verlag Leske & Budrich 1995, 28,- DM.  
2 München, Verlag C.H. Beck 1994.

Rückblick: eine wirtschaftliche Bilanz nach fünf Jahren

Produktionsstätte zum Vorzeigen: Opel in Eisenach

Frauen in Ostdeutschland: Verliererinnen – Gewinnerinnen

Modernisierung des Öffentlichen Dienstes – Impulse für Westdeutschland?

Runde Tische: abgeschlossenes Kapitel oder gegenwärtige Fortschreibung?

Eine neue Generation – Betriebsräte in den neuen Bundesländern

## Mitbestimmung

ISSN 0723 5984

Herausgeber Hans-Böckler-Stiftung

Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB  
Bertha-von-Suttner-Platz 3  
40227 Düsseldorf

Verantwortlicher Geschäftsführer

Frank von Auer

Redaktion Verantwortliche Redakteurin:

Margarete Hasel, 02 11/77 78-192

Redakteurin: Renate Hebauf

02 11/77 78-149

Redaktionsassistentin: Renate Hertsch

02 11/77 78-147

Volontärin: Annette Hager, 02 11/77 78-139

Telefax Redaktion: 02 11/77 78-225

Weitere Mitglieder der Redaktionskonferenz

Frank von Auer, Werner Fiedler

Ditmar Gatzmaga, Mario Helfert

Roland Köstler, Wolfgang Nitsche

Arno Prangenberg, Rolf Simons

Klaus Westermann

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors wieder.

Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Gestaltung Layoutkonzept:

design gruppe jung, Bremen

Layout: D sign – Atelier für verbale

und visuelle Kommunikation, Solingen

Peter Korn, Bianca König

Titelgestaltung: design gruppe jung

Druck und Verlag Nomos

Verlagsgesellschaft mbH + Co. KG

Postfach 6 10, 76484 Baden-Baden

Bestellungen und Abonentenservice

Nomos, Aloisia Peter

Telefon 0 72 21/21 04 39

Telefax 0 72 21/21 04 27

Konten: Postgiro Karlsruhe

BLZ 660 100 75, Konto-Nr. 73 636-751

sowie Stadt-Sparkasse Baden-Baden

BLZ 662 500 30, Konto-Nr. 5 002 266

Preise Jahresabonnement 55,- DM zzgl. Porto

Einzelpreis 6,- DM, Doppelnummer 8,- DM

Der Bezugspreis ist durch den Fördererbeitrag abgegolten.

Anzeigen Markus Dehm

Telefon 0 72 21/21 04 18

Telefax 0 72 21/21 04 27

Es gilt die Anzeigenpreisliste 1/95.

Konto Für Spenden und sonstige Förderer-

beiträge an die Stiftung: Bank für Gemein-

wirtschaft Düsseldorf, BLZ 300 101 11

Konto-Nr. 1021 125 000

## Vorschau

„Die Mitbestimmung“ 7/95

## Fünf Jahre Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion

Bilder der Tristesse aus den neuen Bundesländern wurden und werden in den Medien zur Genüge gezeigt. Statt in dieses Lamento einzustimmen, wollen wir zum „runden“ Jubiläum der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion fragen: Wo gibt es im Osten Deutschlands hoffnungsvolle Ansätze, welche Entwicklungen sind erkennbar, die vielleicht über regionale Grenzen hinaus richtungweisende Impulse geben können?